



Erweiterung Justizzentrum Osnabrück

DOKUMENTATION

ANSPRECHPARTNER

AUSLOBER

Staatliches Baumanagement
Osnabrück Emsland -
Schloss -
49186 Bad Iburg

Telefon: 05403 - 7302-500
Fax: 05403 - 7302-999
poststelle@sb-oe.niedersachsen.de

MODERATION + KOORDINATION

ISR Innovative Stadt- und Raumplanung GmbH
Zur Pumpstation 1
42781 Haan

Dipl. -Ing. Jochen Füge
Stadtplaner
Geschäftsführer
fuege@isr-haan.de

Dipl. -Ing. Claudia Dick
Stadtplanerin
Leitung Wettbewerbsmanagement
dick@isr-haan.de

Layout, Konzepte, Grafiken, Fotos:
ISR Innovative Stadt- und Raumplanung GmbH

Luftbilder
© Stadt Osnabrück

Ergebnisse
Ausschnitte aus den Plänen der Verfasser

Registriernummer Architektenkammer Niedersachsen:
Reg. Nr. :215-32-18/02

INHALT

01	VORWORT	5
02	DAS PLANGEBIET	7
03	ANLASS UND ZIEL	9
04	DAS VERFAHREN	11
05	DIE AKTEURE	13
06	DAS ERGEBNIS	19



JUSTIZVOLLZUGSANSTALT

LINGEN

Abt. Osnabrück

01 VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gebäude der Justiz sind seit jeher stadtbildprägend, so auch in Osnabrück. Das Land Niedersachsen hat mit der Bildung eines Justizzentrums an exponierter Stelle, im Zentrum von Osnabrück, die Weichen für eine zukunftsorientierte Justizverwaltung gestellt.

Land- und Amtsgericht sowie die Außenstelle der Justizvollzugsanstalt in Lingen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten dynamisch entwickelt. Fortwährend wurden Ansprüche an neue, innovative und zukunftsweisende Raumkonzepte formuliert.

Das Ende des 19. Jahrhundert erbaute und unter Denkmalschutz stehende Gebäude des Landgerichts bildet als Repräsentationsbau der Judikative eine wesentliche Raumkante des Neumarktes. Das in den 60iger Jahren des vorigen Jahrhunderts errichtete Gebäude des Amtsgerichtes mit seinem 11-geschossigen Hochhaus sowie einem dreigeschossigen Flachbau wurde jüngst saniert und ist architektonischer Ausdruck der Nachkriegsmoderne.

Die bislang autark erschlossenen Gerichte sollen zukünftig über einen gemeinsamen, offenen und attraktiven Eingangsbereich, der gleichwohl die erhöhten Sicherheitsanforderungen erfüllt, erreicht werden. Auch die alte Justizvollzugsanstalt entspricht in keiner Weise mehr den heutigen Standards und wird im Zuge des Bauvorhabens abgerissen.

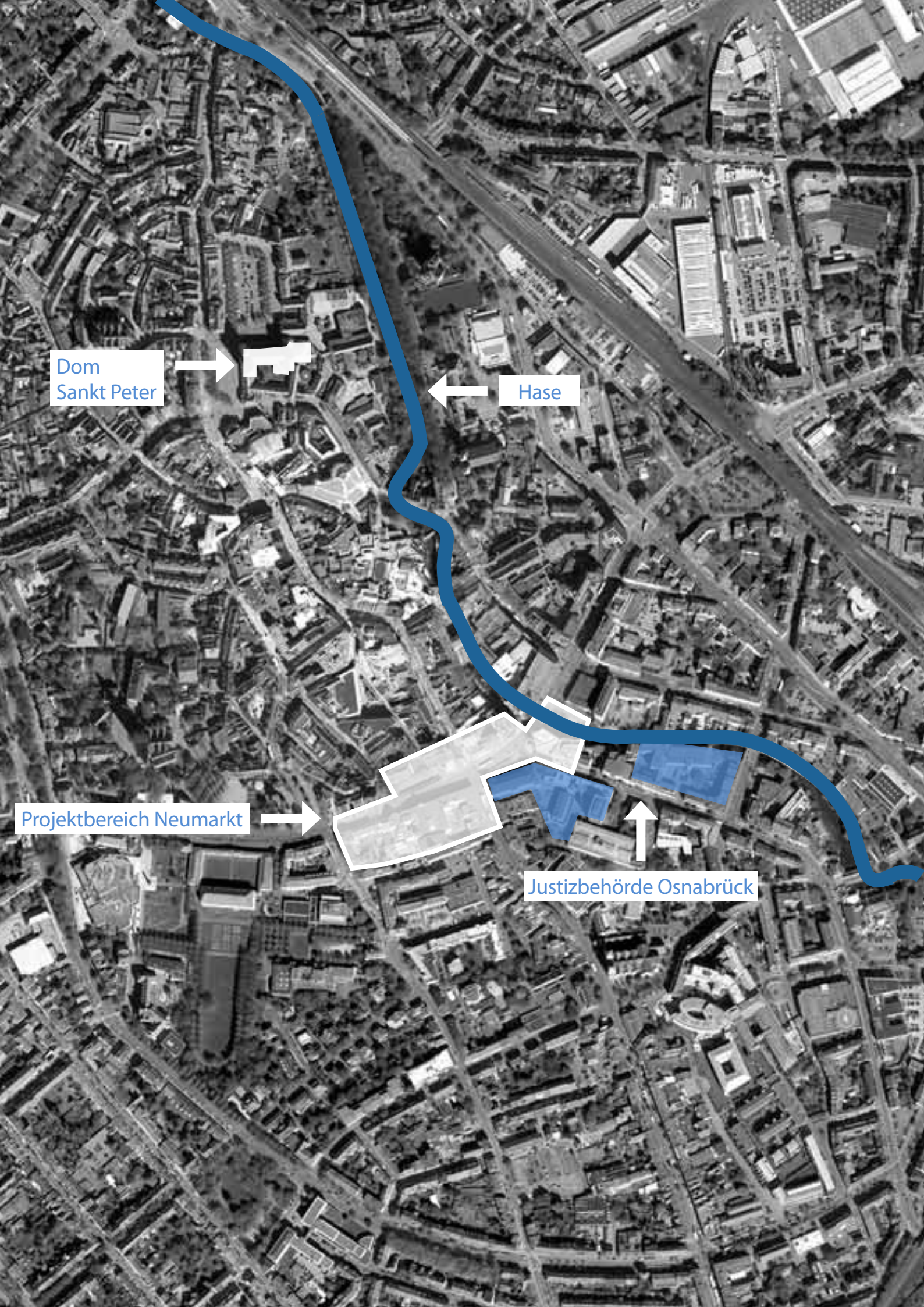
Das Land Niedersachsen hat sich daher entschieden, der großen Lagegunst des Standortes entsprechend, die architektonische Weiterentwicklung am Neumarkt über einen Architekten-Realisierungswettbewerb klären zu lassen.

Das Ziel des Wettbewerbsverfahrens war es, einen nachhaltigen Entwicklungsimpuls für das Justizzentrum der Stadt Osnabrück zu geben. Dabei haben verschiedene Akteure eine aktive Rolle gespielt und entscheidend mitgewirkt. Hiermit möchten wir uns bei allen, die am Verfahren teilgenommen haben – Teams sowie Jury – ausdrücklich bedanken: Ihr konstruktiver und qualitätsvoller Input hat dazu beigetragen, ein breites Spektrum an Ideen zu sammeln und letztlich eine Entscheidung zu fällen, die für den Standort eine äußerst attraktive Lösung darstellt.

Mit freundlichen Grüßen



Cristina v. Pozniak-Bierschenk



Dom
Sankt Peter



Hase

Projektbereich Neumarkt



Justizbehörde Osnabrück

02 DAS PLANGEBIET

Das Plangebiet liegt in zentraler Innenstadtlage unmittelbar angrenzend an den Neumarkt im Übergangsbereich zwischen der Neustadt und der Altstadt.

Das Wettbewerbsgebiet umschrieb den südlichen Teil der Flächen der Justizbehörde Osnabrück an der südöstlichen Ecke des Neumarkts, umgrenzt durch den Kollegienwall im Norden, die Straße Am Landgericht im Süden sowie dem Neumarkt und der Johannisstraße im Nordwesten. Im Osten und Westen grenzen benachbarte Flurstücke und Gebäude unmittelbar an das Wettbewerbsgebiet. In den Bestandsgebäuden am Neumarkt und am Kollegienwall sind das Landgericht sowie das Amts- und Landgericht ansässig. Im Innenbereich befindet sich ein Gefängnis für Untersuchungshaft.

Nördlich des Kollegienwalls befinden sich weitere Flächen der Justizbehörde Osnabrück, die nicht Bestandteil des Wettbewerbsgebiets waren. Westlich angrenzend befinden sich die Fußgängerzone und die Altstadt. Der an das Plangebiet unmittelbar angrenzende Neumarkt ist Bestandteil einer bislang viel befahrenen Innenstadtquerung. Im Rahmen des städtebaulichen Projekts zur Neugestaltung des Neumarkts soll dieser durch verschiedene Bau- und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wieder zu einem zentralen innerstädtischen Platz werden. Das denkmalgeschützte Gebäude des Landgerichts bildet hierbei eine prägnante Platzkante.

Der Stadtteil Innenstadt ist mit einer Fläche von 1,71 km² einer der kleinsten Stadtteile Osnabrücks. Der größte Anteil der Fläche ist innerstädtisch und stark verdichtet bebaut. Die Einwohnerzahl des Stadtteils beläuft sich auf ca. 9.000 Einwohner. Mit einer Bevölkerungsdichte von ca. 1.300 Einwohnern je km² ist der Stadtteil einer der am dichtesten besiedelten Stadtteile Osnabrücks.

Umgebung

Das Plangebiet befindet sich im innerstädtischen Gefüge unmittelbar am Neumarkt und der Haupteinkaufsstraße Johannisstraße im Westen. Weitere innerstädtische Einrichtungen wie die Johanniskirche mit zugehörigem Gemeindezentrum / Bücherei und das Marienhospital befinden sich südlich des Justizzentrums. Östlich grenzen ein Parkhaus sowie gemischte Nutzungen an, während im Norden die weiteren Flächen der Justizbehörden gegenüberliegen. Diese erstrecken sich nördlich bis zum Flusslauf Hase, der die Innenstadt Osnabrück durchquert. Die Entfernung zum östlich gelegenen Hauptbahnhof beträgt ca. 700 m.

Neumarkt

Dieser zentrale Platz am Übergang zwischen Alt- und

Neustadt entlang der Haupteinkaufsachse Große Straße / Johannisstraße spielt eine besondere Rolle im Gefüge der Innenstadt Osnabrücks.

In Verbindung von Großer Straße und nördlicher Johannisstraße ist der Neumarkt der zentrale Umsteigeplatz für den öffentlichen Personennahverkehr mit täglich etwa 1.500 Bussen. Aufgrund dieser zentralen Situation haben sich an Platzrändern kerngebietstypische Nutzungen mit einer hohen Kundenfrequenz angesiedelt. Im direkten südlichen Anschluss an den Neumarkt liegt das wettbewerbsgegenständliche und denkmalgeschützte Gebäude des Landgerichts Osnabrück.

Bestandssituation

Das unter Denkmalschutz stehende Landgericht stellt eine städtebauliche Dominante am Neumarkt dar. Im Zuge der weiteren Entwicklung kommt dem historischen Bau eine besondere stadtgestalterische Bedeutung zu.

Das auf der Südseite des Neumarkts stehende Gebäude des Landgerichts ist zwischen 1874 bis 1878 entstanden. Es ist als Einzelbaudenkmal in die Liste der Kulturdenkmale in Niedersachsen (§ 4 NDSchG) aufgenommen worden. Das Gebäude zeigt deutliche Züge des Historismus sowie der eigenständigen Phase des Rundbogenstils. Es entstand als erster öffentlicher Großbau in Ziegelmauerwerk anstelle des üblichen Bruchsteins und prägt maßgeblich mit seiner Schauseite die Platzgestalt des Neumarkts. Anstelle des üblichen Bruchsteins wurden die Fassaden in Ziegelmauerwerk ausgeführt. Im Übrigen wurde aber die heimische Bautradition mit der Verwendung von Sandstein für das Sockelgeschoss und die Architekturteile gewahrt. Die Wirkung der Fassade des Gerichtsgebäudes ist insbesondere mit seinem davor liegenden Portal für den Neumarkt von beachtlicher Bedeutung.

Der Neubau des Landgerichts (1874-1878) ersetzte das „Strafarbeitshaus“ von Schlaun aus dem Jahr 1755. Bei dem heutigen vierstöckigen Gefängnisgebäude im rückwärtigen Bereich des Landgerichts handelt es sich um den südlichen Rest des alten „Gefangenenhauses“ von 1876/77, das später im Zuge einer Erweiterung um zwei Achsen nach Süden verlängert wurde.

Das 1968 entstandene Amtsgericht stellt sich entlang des Kollegienwalls als viergeschossiger nüchterner Gebäuderiegel dar. Im Blockinnenbereich schließt hier ein 11-geschossiges Hochhaus an. Das 4. Vollgeschoss wurde im Jahr 2015 im Rahmen einer Erweiterungsmaßnahme aufgestockt. Das Untersuchungsgefängnis stellt seit 1985 Plätze für 45 Gefangene im rückwärtigen Bereich des Grundstücks bereit.



03 ANLASS UND ZIEL

Das Justizzentrum Osnabrück (Land- und Amtsgericht sowie Justizvollzugsanstalt) sollte auf den landeseigenen Grundstücken in den bestehenden Gebäuden mit entsprechenden Erweiterungen nachhaltig für die Zukunft gestärkt werden. Die grundsätzliche Ertüchtigung des gesamten Standortes war architektonisch auszuformulieren.

Ein gemeinsamer Eingangsbereich für beide Gerichte musste grundsätzlich neuentwickelt und gestaltet werden. Die prominente Lage am Neumarkt im Herzen von Osnabrück stellte hierbei eine besondere Herausforderung dar.

Die neuen Gebäude sollten barrierefrei sein, zeitgemäßen ökonomischen, ökologischen und nachhaltigen Anforderungen entsprechen und sich möglichst offen präsentieren.

Als Mittel zur Bestimmung der besten Lösung hinsichtlich Gestaltung, Funktion und Ökonomie für das Projekt und alle Kriterien der Nachhaltigkeit hatte sich das Land Niedersachsen zur Durchführung eines Realisierungswettbewerbs entschlossen.

Gegenstand des Wettbewerbs war der Entwurf für die architektonische Weiterentwicklung / den Teilneubau des Justizzentrums Osnabrück unter Einbeziehung des vorhandenen, teils denkmalgeschützten Gebäudebestandes.

Schwerpunkt war die Einbindung der Neubauten in die Innenstadtlage Osnabrücks.

Das Justizzentrum Osnabrück besteht aus mehreren in unmittelbarer Nachbarschaft befindlichen Liegenschaften in der Innenstadt von Osnabrück. Zum Justizzentrum zählen Amtsgericht, Landgericht, Staatsanwaltschaft und die Justizvollzugsanstalt Lingen, Abteilung Osnabrück.

Aufgrund gewachsener Aufgaben und Anzahl von Beschäftigten besteht zusätzlicher Raumbedarf. Die JVA befindet sich in einem stark sanierungsbedürftigen Altbau, der erhebliche funktionale und sicherheitstechnische Mängel aufweist.

Mit der Erweiterung des Justizzentrums sollen Synergien zwischen den Justizbehörden genutzt und ein höheres Maß an Bürgerfreundlichkeit erreicht werden. Außerdem soll ein zeitgemäßer Sicherheitsstandard sowohl für die JVA als auch für die Gerichte umgesetzt werden.

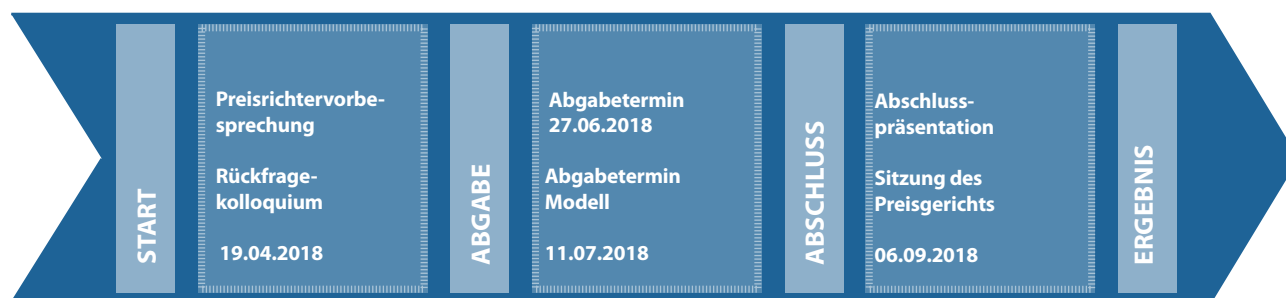
Aufgabe und Ziel des Wettbewerbes ist es, die grundsätzlich notwendige Ertüchtigung des gesamten Standortes architektonisch auszuformulieren. Die Lösungen müssen hinsichtlich Gestaltung, Funktion und Ökonomie der Kriterien der Nachhaltigkeit überzeugen.

Um die städtebauliche Entwicklung für den Standort planungsrechtlich nachhaltig zu steuern, wurde 2012 der vorhandene Bebauungsplan angepasst. Die bau- und planungsrechtlichen Vorgaben wurden so festgesetzt, dass die Erweiterungsmaßnahme sich harmonisch in den städtebaulichen Zusammenhang integriert. Der vertikalen Verdichtung im Innenhof wurde große Bedeutung beigemessen.

Als 1. Bauabschnitt erhielt der sog. Flachbau des Amtsgerichts (Kollegienwall 29 – 31) jüngst eine eingeschossige Aufstockung. Hierdurch wurde das stadträumliche Profil des Kollegienwalls fortgeführt bzw. wiederhergestellt.



04 DAS VERFAHREN



Der Wettbewerb wurde als nicht offener einphasiger Realisierungswettbewerb nach § 3 RPW 2013 durchgeführt. Das Verfahren war anonym.

Zur Teilnahme am Wettbewerb wurden insgesamt 18 Architekturbüros eingeladen.

Tag der Bekanntmachung war der 07.02.2018 (Datum der EU-Veröffentlichung).

Preisrichtervorbesprechung (nicht öffentlich)

Im Vorfeld wurde ein geführter Rundgang durch das Justizzentrum für die Mitglieder und Berater des Preisgerichts durchgeführt. Anschließend besprach das Preisgericht in seiner Sitzung die Wettbewerbsauslobung sowie die darin aufgeführten Wettbewerbsleistungen in Bezug auf die Aufgabenstellung und konnte in seiner Sitzung die Leistungen des Wettbewerbes sowie die Aufgabenstellung modifizieren.

Rückfragenkolloquium (nicht öffentlich)

Weiterhin fand zu Beginn des Verfahrens - am gleichen Tag wie die Preisrichtervorbesprechung - unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ein Rückfragenkolloquium mit den teilnehmenden Büros statt. Dieses diente zur Beantwortung von inhaltlichen Fragen, die zur Bearbeitung der Aufgabenstellung notwendig waren. Zudem hatten die Teilnehmer während einer geführten Ortsbesichtigung die Möglichkeit, sich mit dem Plangebiet vertraut zu machen. Das Protokoll des Rückfragenkolloquiums wurde den Teilnehmern im Anschluss zur Verfügung gestellt.

Wettbewerbsteilnehmer

Als Vorstufe des Wettbewerbes wurde ein Bewerbungsverfahren zur Auswahl von 12 Teilnehmern vorgeschaltet. Die Bekanntmachung des Wettbewerbes erfolgte europaweit (Amt für Veröffentlichungen der EU) sowie elektronisch auf unterschiedlichen Internetplattformen sowie auf der Homepage des betreuenden Büros. Daraufhin bewarben sich 116 Büros für die Teilnahme am Wettbewerb. Insgesamt sollten 18 Büros am Wettbewerb teilnehmen. 6 Teilnehmer wurden vom Auslober gesetzt und 12 Teilnehmer wurden gelost. Letztendlich wurden 12 Arbeiten abgegeben und vom Preisgericht bewertet.

Wettbewerbssumme

Für den Wettbewerb lobte der Auslober einen Gesamtbetrag in Höhe von 125.000,-- € netto aus.

Es wurden 3 Preise und eine Anerkennung ausgelobt.

Information der Öffentlichkeit

Die Ausstellung aller Wettbewerbsarbeiten erfolgte im Zeitraum vom 13. September 2018 bis zum 04. Oktober in der Universitätsbibliothek Osnabrück.



05 DIE AKTEURE

Preisgericht

A. Stimmberechtigte Mitglieder:

- Dipl.-Ing. Hartmut Rüdiger, Braunschweig, Architekt
- Prof. Dörte Gatermann, Köln, Architektin
- Prof. Johannes Kister, Köln, Architekt
- Dipl.-Ing. Wolfgang Griesert, Oberbürgermeister Stadt Osnabrück, Architekt
- Gert Leissing, Leiter Niedersächsisches Landesamt für Bau und Liegenschaften (NLBL)
- Cristina v. Pozniak-Bierschenk, Staatliches Baumanagement Osnabrück-Emsland
- Dr. Thomas Veen, Präsident Landgericht Osnabrück
- Axel Eichmeyer, Vizepräsident Amtsgericht Osnabrück
- Meik Portmann, Leiter der JVA Lingen

B. Stellvertretende Mitglieder

- Dr.-Ing. Kristin Ammann-Dejózé, Münster, Architektin
- Dipl.-Ing. Frank Otte, Stadt Osnabrück, Architekt
- LBD' a.D. Renate Müller-Steinweg, Staatliches Baumanagement
- Annegret Quere-Degener, Landgericht Osnabrück
- Günter Struck, Amtsgericht Osnabrück
- Werner Muntel, Justizvollzugsanstalt Lingen

C. Sachverständige Berater (ohne Stimmrecht)

- Wiebke Dreeßen, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege SP OL

D. Vorprüfer:

- Jochen Füge, ISR
- Claudia Dick, ISR
- Jochen Siebel, Ingenieurplan Siebel
- Peter-Anselm Görres, Staatliches Baumanagement Osnabrück-Emsland
- Harald Löcker, Staatliches Baumanagement Osnabrück-Emsland
- Franz-Michael Holling, Landgericht Osnabrück
- Catharina Zandman, Amtsgericht Osnabrück
- Tobias Schneuing, Justizvollzugsanstalt Lingen
- Frank Weisemöller, Justizvollzugsanstalt Lingen
- Kerstin Zimmermann, Niedersächsisches Landesamt für Bau und Liegenschaften (NLBL)
- Wolfgang Krämer-Evers, Hasbergen

Teilnehmer (gesetzt)

- Weinmiller Architekten, Berlin
- léonwohlhage, Gesellschaft von Architekten, Berlin
- harris + kurlle architekten, Stuttgart
- Bolles-Wilson, Münster
- Atelier 30 Architekten, Kassel

Teilnehmer (Losverfahren)

- rw+ Gesellschaft von Architekten und Martin Schmitt Architektur / Kommunikation im Raum, Berlin
- ATP architekten ingenieure, Offenbach am Main
- B+P Reiner Becker, Berlin
- Bodamer Faber Architekten, Stuttgart
- Dömges Architekten, Regensburg
- architekten keller daum, Stuttgart
- Bock Neuhaus Partner, Coesfeld

Teilnehmer

1. Dömges Architekten, Regensburg

Verfasser: Eric Frisch
Mitarbeit: Ulrich Renger
Modellbau: Heinz Kolaczek

2. rw+ Gesellschaft von Architekten und Martin Schmitt Architektur / Kommunikation im Raum, Berlin

Verfasser: Martin Schmitt,
Daniel Haarmann
Mitarbeit: Sasa Ciabatti,
Maximilian Vesely,
Moritz Klimburg

3. B+P Reiner Becker, Berlin

Verfasser: Reiner Becker
Mitarbeit: Raphael Reuter,
Per Köngeter,
Lukas Witalinski,
Victoria Werner

4. Bolles-Wilson, Münster

Verfasser: Peter Wilson,
Brigitte Bolles-Wilson
Mitarbeit: Konrad Bergmann,
Falk Frühling,
Kejdi Lulja,
Tobias Steverding,
Arnold von Storp

5. Bodamer Faber Architekten, Stuttgart

Verfasser: Hansjörg Bodamer,
Achim Bodamer,
Alexander Faber
Mitarbeit: Barbara Muschol,
Janko Radojevic

6. harris + kurrle architekten, Stuttgart

Verfasser: Volker Kurrle,
Joel Harris
Mitarbeit: Jaksza Uzur,
Martin Schenck,
Robert Havranek
Fachplaner: Christoph Dengler Engels von
Engelsmann Peters, Stuttgart

1.



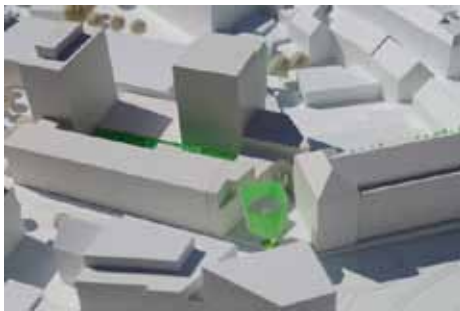
2.



3.



4.



5.



6.



7. léonwohlhage, Gesellschaft von Architekten, Berlin

Verfasser: Hilde Léon,
Peter Czekay,
Tilman Fritzsche
Mitarbeit: Lisa Sander,
Eldar Mustafayef,
David Kaiser
Fachplaner: Cornelia Müller,
Jan Wehberg von Lützow 7,
Berlin

8. Bock Neuhaus Partner, Coesfeld

Verfasser: Meinhard Neuhaus
Mitarbeit: Max Heiligenhaus,
Melanie Himmelberg,
Laura Wirz,
Silke Sicking,
Patrick Schücking,
Wladimir Mordowin

9. ATP architekten ingenieure, Offenbach am Main

Verfasser: Ulf Bambach
Mitarbeit: Lars Nixdorff,
Florian Wey-Lübeck,
Apoorva Shankar

10. architekten keller daum, Stuttgart

Verfasser: Johannes Keller,
Clemens Daum
Mitarbeit: Markus Dickert,
Marija Kondic,
Caroline Reich

11. Atelier 30 Architekten, Kassel

Verfasser: Ole Creutzig,
Thomas Fischer
Mitarbeit: Yunus Coskun,
Gani Ilijazi,
Zaher Abou Alfadel,
Qiuxian Li

12. Weinmiller Architekten, Berlin

Verfasser: Gesine Weinmiller
Mitarbeit: Nick Nordmann

7.



8.



9.



10.



11.



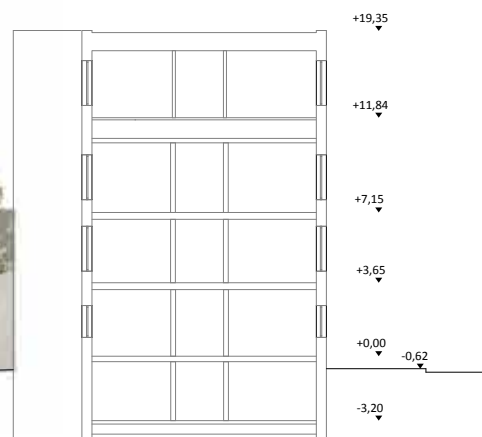
12.





06 DAS ERGEBNIS





1. Preis

léonwohlhage, Gesellschaft von Architekten, Berlin

Leitidee (gemäß Verfasser)

Über die klare innere Organisation hinaus geht es um den architektonischen Gesamteindruck des Justizzentrums und um seine Ausstrahlung in die Stadt hinein.

Für den Eingang und das Foyer des neuen Justizzentrums ist eine zeitgenössische Lösung sinnvoll, die eine klare Ordnung und eine würdevolle Gelassenheit einer Judikative ausdrückt und nicht mit der Monumentalität des 19./frühen 20. Jahrhunderts konkurriert.

Vor diesem Hintergrund gehen wir die Aufgabe an. Die Schwerpunkte unseres Konzeptes liegen in der äußeren Gestalt, also dem Gesicht des Justizzentrums zur Stadt hin und in der Logik seiner gesamten inneren Organisation, gelenkt durch ein hohes Maß an Bürgerfreundlichkeit und zeitgemäßer Sicherheitsstandards.

Städtebauliche Einbindung

Hier im Übergangsbereich zwischen der Neustadt und der Altstadt wird der leicht angehobene Vorplatz gut über Treppen wie Rampen erreicht und bietet von dort einen Blick - aus leicht erhöhter Position - auf die Stadt und ebenso ins Gebäude hinein. Der neue Eingang besetzt wahrhaftig die Fuge zwischen Landgericht und Amtsgericht. Die räumliche Dramaturgie der trichterförmigen Verengung zwischen den beiden Bestandsbauten im ungesicherten Bereich und die weite Öffnung ins Foyer hinein kommen der Grundidee von Sicherheit und Öffnung entgegen.

Der Weg in das Justizzentrum beginnt an der mächtigen und für den Ort so wichtigen Platane am Landgericht und führt über eine Raumfolge bis ins lichte Foyer. Von hier aus wird der Blick in den Garten, einem Hortus Conclusus, gelenkt. Nahezu beiläufig werden die ungesicherten Bereiche des Publikums und der Anwälte sowie die Sicherheitsschleuse passiert.

Auch rückwärtig baut die Erweiterung ihre städtische Präsenz aus: Zum einen wird der geforderte öffentliche Weg entlang der Einfriedung des Gartens definiert, zum anderen wird die geschützte Zufahrt zum Gefängnis diskret und effizient organisiert. Auch der kleine grüne Vorplatz für die Besucher des Gefängnisses bietet eine würdige Ankunft und ermöglicht gleichzeitig einen diskreten Abstand zu den Nachbarn. Hier ist auch die gesicherte Zufahrt für den Gefangenentransport wie auch der Zugang für Mitarbeiter mit Auto in den zweiten Hof.

Mit einer Gesamthöhe von ca. 17 m ordnet sich das Gebäude in der Höhe in die Körnung der Umgebung ein, auch wenn es durch seine Größe seine öffentliche Präsenz durchaus verteidigt.

Innerräumliches Konzept

Unser Schwerpunkt liegt in einer logischen und klaren Umsetzung des komplexen Nutzungsprogramms der Justizbehörden in ein übersichtliches Innenraum-Konzept.

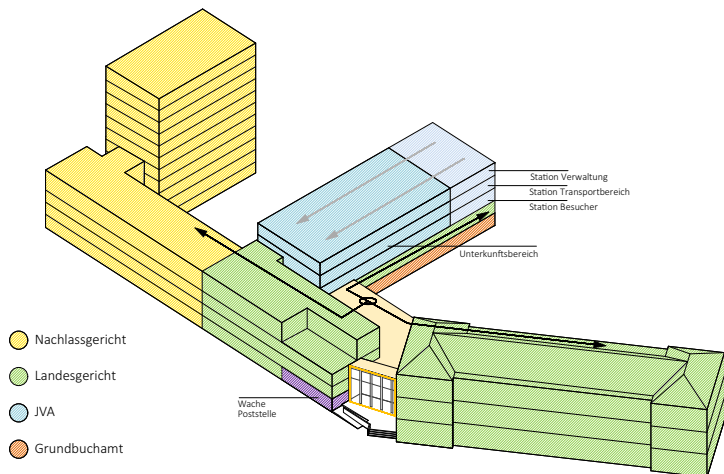
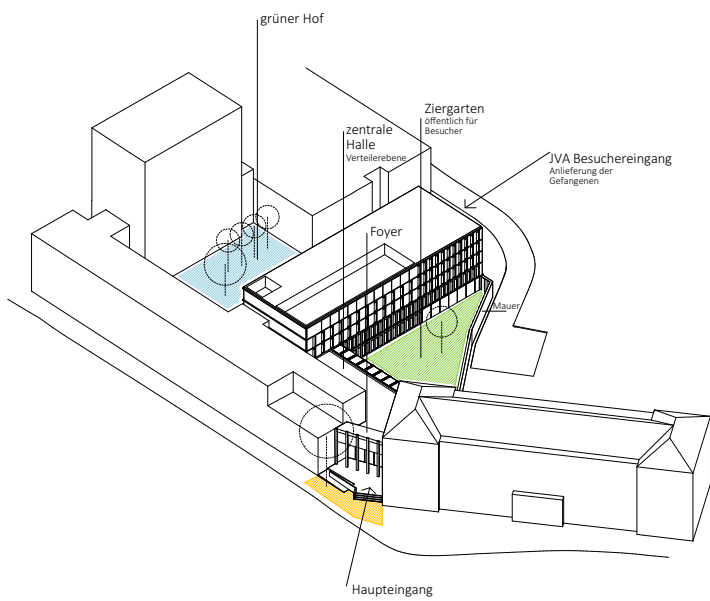
Das Foyer im Erdgeschoss (+/- 0.00 m) übernimmt das Erdgeschoss-Niveau des Amtsgerichts und liegt damit -0.62 m über das Straßenniveau. Der Höhensprung zum Erdgeschoss im Landgericht (+1,41 m) wird im Foyer über Stufen und Aufzug beiläufig überwunden. Den Bestand des heutigen Landgerichts lassen wir - Innen wie Außen - unangetastet, auch die Brückenebene bleibt erhalten. Allerdings wird die Fassade verändert. Die Gestaltung der differenzierten Höhen im Brückenbauwerk muss im Detail verbessert werden.

Über die zentral liegende Eingangshalle sind alle Nutzungen in beiden Bestandsgebäuden und im Erweiterungsbau miteinander verbunden. Hier hinter den Sicherheitsschleusen finden die Besucher Service und Orientierung.

Die Wachtmeisterei ist in unmittelbarer Nähe zur Sicherheitsschleuse im Nordflügel des Amtsgerichts integriert. Überhaupt wurden das Erdgeschoss und das 1. Obergeschoss des Amtsgerichts nach den Vorgaben aus dem Programm verändert.

Das Grundbuchamt wird auf Eingangsebene erreicht und erstreckt sich über das gesamte Erdgeschoss des Erweiterungsbaus. Büros für die Zivilkammer des Landgerichts befinden sich im ersten Geschoss des Neubaus. Die Verbindung dieser Erweiterung im 1. Obergeschoss zum historischen Gebäude läuft als Ringsystem über die Brücke im 2. Obergeschoss oder über die Eingangshalle.

Beide neuen Bürogeschosse ermöglichen als Dreibundsystem gut geschnittene Büros für das Grundbuchamt und für die Zivilkammer des Landgerichts. Sie sind flexibel von Einzelbüros bis zu größeren Büroeinheiten nutzbar. (...)

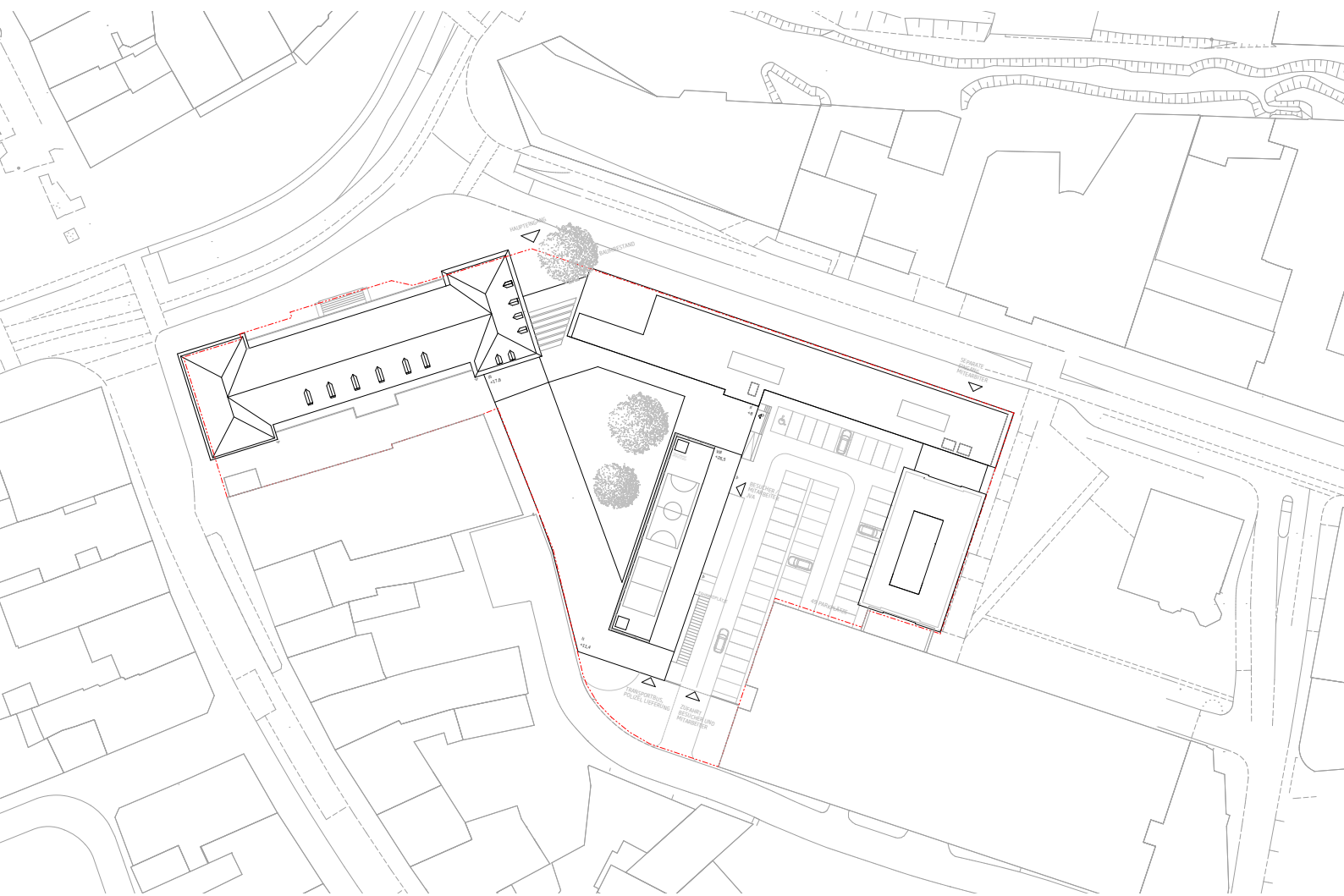


Beurteilung durch das Preisgericht

Die Arbeit entwickelt über einen dezent angelegten Vorplatz eine sehr präzente Wahrnehmung des Eingangs ohne architektonisch zu stark aufzutumpfen. Das Preisgericht wertet die städtebaulich gelungene Balance, die auch die Platane angemessen mit einbezieht, als überaus positiv. Einmal das Gebäude betreten, öffnet sich eine zweigeschossige Halle mit überzeugender Räumlichkeit. Nicht nur die selbstverständliche klare Vernetzung des Gebäudes, sondern auch die räumliche Atmosphäre überzeugt als Ausdruck einer Halle eines Justizzentrums. Die Funktionalität ist insgesamt gut zu bewerten. Lediglich die JVA kann in dieser Form nicht im vollen Umfang überzeugen. Neben dem Luftraum sind die mangelnde Übersichtlichkeit und die zwei getrennten Freigängerhöfe kritisch zu betrachten. Insgesamt wird bei der Arbeit in einer ruhigen Architektursprache gesprochen, die die Schichtung der Funktionen gelungen miteinander verwebt. Das Abweichen von der dreieckigen Innenhoftypologie, die den Freiraum als freien Garten versteht, ist selbstverständlich und für weitere Entwicklungen offen. Insgesamt ist dies eine Arbeit, die einen überzeugenden Ansatz in der Funktion und eine angemessene Architektursprache findet. Die Arbeit überzeugt durch ihre zurückgenommenen Eingriffe in die Bestandssituation und ihre klaren Räume.







2. Preis

rw+ Gesellschaft von Architekten und Martin Schmitt Architektur / Kommunikation im Raum, Berlin

Leitidee in Auszügen (gemäß Verfasser)

Dem Entwurf für die Erweiterung des Justizzentrums Osnabrück liegen folgende Leitideen zugrunde: 1. Die Gestaltung einer gemeinsamen, repräsentativen und klar erkennbaren Adresse für das Amtsgericht und das Landgericht. 2. Die Verdichtung und Neuordnung des Blockinneren durch ein städtebauliches Passstück. 3. Eine robuste und gleichzeitig elegante Architektur für den Neubau der JVA sowie für die Erweiterungsbauten des Amts- und Landgerichts.

Städtebau / Kubatur

Die Erweiterungsflächen des Amts-, und Landgerichts sind als zweigeschossiges Gebäude konzipiert. In Verbindung mit dem zentralen neuen Eingangsbereich zwischen Amts- und Landgericht entsteht eine ringförmige architektonische Figur mit einem großen Innenhof. Die JVA wächst als eigenständiges rechteckiges Gebäudevolumen aus der Erweiterungsfläche des Amtsgerichts heraus. Der JVA-Neubau sowie die Erweiterungsflächen vermitteln gleichsam zwischen der nüchternen Architektur des Amtsgerichts und dem markanten und denkmalgeschützten Landgericht durch eine klare Fassadengliederung und eigenständige Materialität aus Beton.

Fassade / Materialität

Das neue Gebäudeensemble aus Erweiterungsflächen des Amts- und Landgerichts und der JVA wirkt durch seine geometrische und scharfkantige Formsprache monolithisch. Gleichsam ist die Fassade durch „Geschossapakete“, die ein bzw. zwei Geschosse hoch sind, in der Horizontalen durch rundumlaufende Geschossbänder gegliedert und nimmt somit Bezug auf das Bestandgebäude des Landgerichts. Das vertikale Fassadenraster spiegelt die Anforderungen aus den jeweiligen, dahinterliegenden Raumprogrammen und wird vom Erdgeschoss - mit vornehmlich Büroflächen - hin zu den Obergeschossen und den Zellen der JVA enger. Im Innenhofbereich öffnet sich die zweigeschossige Fassade großzügig. Insbesondere der Eingangs- und Wartebereich ist hier raumhoch über zwei Geschosse verglast und wird so optisch und räumlich mit dem Innenhof verbunden. Zudem wird auch das Kellergeschoss mit den Archivflächen unterhalb des Landgerichts natürlich belichtet. Die Plastizität der Fassade wird durch tiefliegende Fenster und abgeschrägte Brüstungselemente erzielt. Die Zellenfenster sind schmal konzipiert und benötigen somit nur wenige Stahlstäbe. Dadurch wird eine typische Gefängnisanmutung vermieden.

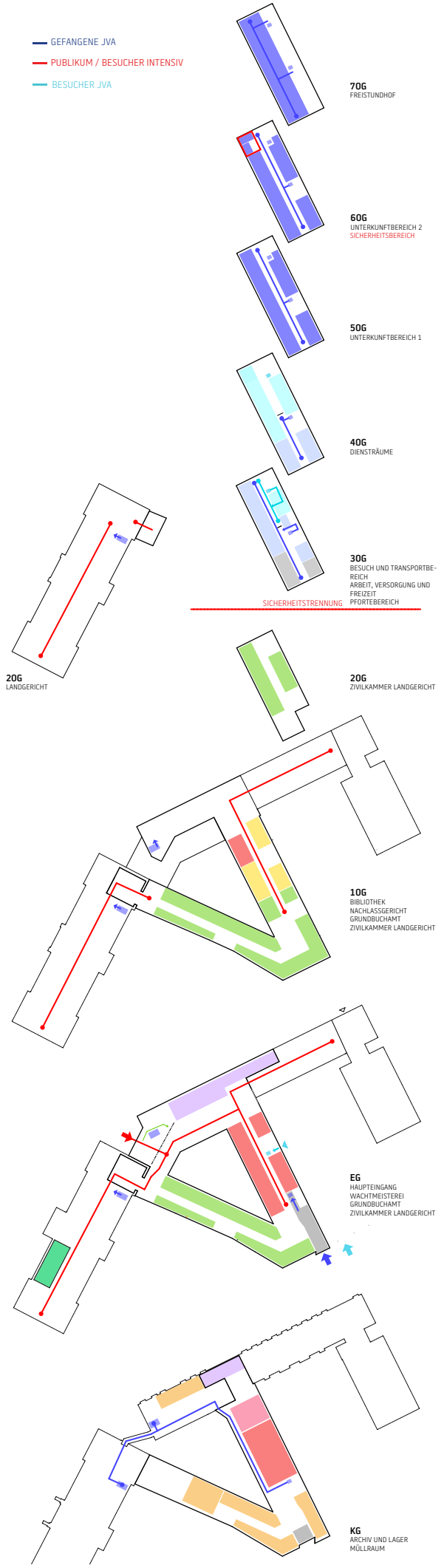
Eingangsbereich

Das Herzstück des Entwurfs ist der neu konzipierte und zentrale Eingangsbereich des Amts- und Landgerichts. Vom Neumarkt bzw. Kollegienwall kommend, werden Besucher durch ein großes, repräsentatives und mit der Aufschrift „Justizzentrum Osnabrück“ gekennzeichnetes Portal begrüßt. Schon vor dem Eintreten in das Gebäude ist die Durchsicht in den Innenhof möglich und verleiht dem Eingang eine besondere Tiefe und Großzügigkeit. Ein wiederum großzügig bemessener Windfang bietet Platz für getrennte Schließfächer (Publikum), Postfächer (Rechtsanwälte) und die Poststelle mit dem direkt angrenzenden Postverteiler. Das Bestandstreppenhaus (Gefangenenstreppenhaus) des Amtsgerichts mit angegliederter Personenkontrolle bildet zwischen Windfang und Verteilerzone eine Art Filter aus, der Publikumsverkehr von Mitarbeitern und Rechtsanwälten trennt und durch separate Schleusen ins Innere des Gebäudes führt. Die denkmalgeschützte Fassade des Landgerichts wird zur östlichen Begrenzung des Eingangs und in diesem Bereich somit zum Innenraum. Hier werden zwei Fenster entfernt und die entstehenden Öffnungen ermöglichen so einen Durchblick auf den dahinterliegenden Raum im Inneren des Landgerichts mit einer neuen Treppe in das erste Geschoss. Hinter den Schleusen befindet sich ein ebenfalls großzügiger Verteiler und Wartebereich mit einer transparenten Glasfassade und Zugang zum Innenhof. Nach rechts gelangen Besucher zum Landgericht (Bestands- und Erweiterungsflächen) und nach links in den Wartebereich des Amtsgerichts und im weiteren Verlauf ebenfalls zu dessen Bestands- und Erweiterungsflächen. Im Bereich der Wartezone mit ausreichend Sitzmöglichkeiten befindet sich auch die Hauptwachtmeisterei. Besucher können sich durch Einsehbarkeit in weite Bereiche des Amtsgerichts zur einen- und ins Landgericht zu anderen Seite hin gut orientieren. (...)



Beurteilung durch das Preisgericht

Die Verfasser schlagen vor, zwischen Amtsgericht und Landgericht ein nahezu 2-geschossiges Zugangsbauwerk mit einer breiten und hohen Glasfront einzufügen. Hierbei berücksichtigen sie die Sockelgeschosshöhe des Landgerichtes und leiten so in überzeugender maßstäblicher Gestaltung vom Baudenkmal zum neuen Bauwerk der ergänzenden Einrichtungen der Zivilkammer des Landgerichtes und der JVA über. Die innere Erschließung – eingehend von der großen Eingangshalle – führt über eine große Wartehalle niveaugleich zum Amtsgericht und in entgegengesetzter Richtung über eine Treppe mit Aufzug zum Landgericht. Diese Eingangssituation ist sehr transparent und bietet den Besuchern eine gute Orientierung. Der mit 2 Fluren angrenzende Neubau der Zivilkammer des Amtsgerichtes und der darüber angeordneten JVA sind grundsätzlich übersichtlich angeordnet. Die Fassaden des Neubaus weisen durch ihre aufsteigende Untergliederung der Fassaden auf die unterschiedlichen Nutzungen hin. Städtebau und Architektur sind maßvoll und überzeugend.



RAUMFUNKTIONSDIAGRAMM



3. Preis

harris + kurrle architekten, Stuttgart

Leitidee in Auszügen (gemäß Verfasser)

Der Entwurf für den Neubau des Justizzentrums ist im Prinzip dreiteilig angelegt:

1. Ein zweigeschossiger Sockel mit Innenhof definiert die Stadträume „Am Landgericht“ in geschlossener Bauweise. Der Neubau nimmt dabei die Ausrichtung der Bestandsgebäude auf und vermittelt so die Geometrien der drei Baukörper Landgericht, Amtsgericht und Neubau.

2. Auf dem Sockel ruht ein einfacher, rechtwinkliger Baukörper mit sechs Geschossen. Dieser steht parallel zum Hochhaus des Amtsgerichts.

3. Zwischen Landgericht, Amtsgericht und Neubau verbleibt ein Zwischenraum, der als „gläserne Fuge“ gestaltet wird und den neuen Eingangsbereich des Justizzentrums aufnimmt. Zum Neumarkt hin öffnet sich der Eingang über eine großzügige Glasfassade, die durch die vertikale Gliederung mittels filigranen Betonprofilen einen repräsentativen Charakter ausstrahlt. Insgesamt ergibt sich so ein sehr kompakter, platzsparender Neubau. Der heutige Hof mit Stellplätzen bleibt somit in voller Größe erhalten und wird durch eine Baumreihe ergänzt. Die Vorgaben des B-Plans werden durch den Entwurf weitgehend eingehalten und nur leicht modifiziert. So rückt der zweigeschossige Sockel „Am Landgericht“ von der Baulinie ab, um ausreichend Belichtung für die Büros auf dieser Seite zu generieren.

Außerdem wird die Baugrenze zum Neumarkt überschritten, allerdings nicht im Bereich des Naturdenkmals. So entsteht eine höhere Präsenz des Haupteingangs am Neumarkt und zudem wird im Inneren mehr Platz vor der Schleusenanlage generiert.

Organisation

Neuer Eingangsbereich

Man betritt das Justizzentrum über den bereits beschriebenen Haupteingang am Neumarkt. Nach dem Passieren der Schleusen gelangt man in einen zweigeschossigen, lichtdurchfluteten Raum mit Galerie, das neue Zentrum des Gesamtkomplexes.

Hier kann man sich auf einen Blick orientieren:

- Rechter Hand befinden sich Treppe und Aufzug zum Landgericht.
- Direkt dem Foyer zugeordnet sind drei neue große Sitzungssäle und daneben der Zugang zu den öffentlich zugänglichen Räumen des Grundbuchamts.
- Linker Hand gelangt man ins Amtsgericht und hier insbesondere zu den weiteren Bereichen mit Besucherverkehr wie Zahlstelle, Justizservice, Nachlass

und den bestehenden Sitzungssälen.

Die Galerie im 1. Obergeschoss ersetzt im Prinzip die heutige Brücke zwischen Land- und Amtsgericht. Darüber hinaus dient sie als Kurzschluss zwischen dem Altbau des Landgerichts und den Räumen dieser Gerichtsbarkeit im 1. bis 3. OG des Neubaus. Bei der Gestaltung des neuen Eingangsbereichs wurde besonderer Wert auf eine durch Tageslicht unterstützte Wegeführung gelegt: man geht immer „ins Helle“. Das Glasdach bietet außer der atmosphärischen Qualität die Möglichkeit, sich mit dem Blick nach oben über die so immer präsenten Baukörper des Justizzentrums zu orientieren. (...)

Materialität und Energiekonzept

Glas und ein heller Sichtbeton sind die vorherrschenden Materialien des Neubaus. Einerseits wird so die Eigenständigkeit des neuen Bausteins gegenüber Landgericht (Klinker und Naturstein) und Amtsgericht (Metallpaneele) deutlich. Andererseits orientiert sich die Farbigkeit des Betons am Natursteinsockel des Landgerichts. Die Fassaden werden mit großformatigen Fertigteilen ausgeführt. Durch die Verwendung von Weißzement, gelblichem Sand und nachträglichem Sandstrahlen erhalten die Oberflächen einen hochwertigen Charakter. Die Ausführung der Fensterflächen als den jeweiligen Funktionen angepasste Bandfassaden ermöglicht eine maximale Flexibilität und optimale Belichtung der Innenräume. Nicht zuletzt aufgrund des begrenzten Budgets wird auf aufwändige technische Installationen verzichtet. In diesem Sinne werden alle Räume mit Ausnahme der Sitzungssäle im Neubau, innenliegenden Räumen (Lager etc.) und gegebenenfalls dem Eingangsbereich natürlich belüftet. Für einen guten sommerlichen Wärmeschutz wird darauf geachtet, dass möglichst viele Flächen (Wände, Decken, EG-Boden) unverkleidet bleiben und somit als thermische Speichermassen und Klimapuffer dienen können. Sofern Akustikmaßnahmen notwendig sind, können diese als offene Baffeln bzw. Lamellen ausgeführt werden. Grundsätzlich sollen Fußbodenheizungen mit geringen Vorlauftemperaturen (Eingangsbereich, Säle) und in den Büros jedoch konventionelle Heizkörper eingesetzt werden. Außenliegender Sonnenschutz ist selbstverständlich. (...)

Beurteilung durch das Preisgericht

Der Eingangsbereich geht in eine sogenannte „gläserne Fuge“ über. Sie vermittelt auf angenehme Art und Weise zwischen dem Landgericht und dem Amtsgericht. Dieser Raum organisiert die Erschließung, wobei die Orientierung zu den einzelnen Funktionsbereichen optimierungsfähig ist. Die verglaste Decke wird aus energetischer Sicht kritisch gesehen. Das A/V Verhältnis liegt mit 0,31 relativ hoch. Die Anordnung der Bibliothek wird aus funktionalen Aspekten als ungünstig eingestuft. Zudem wird die innere Funktion der Sitzungssäle für nur bedingt geeignet betrachtet. Die Orientierung im Gebäude ist funktional angeordnet. Die Organisation des Freigängerhofs wird positiv gesehen. Die übrige Funktionsfähigkeit der JVA wird als gut eingeschätzt. Bezüglich des Themenschwerpunkts Nachhaltigkeit wird die hohe Flächenversiegelung angerechnet. Die Fassadengestaltung wird nicht in allen Bereichen der JVA gerecht.

